

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Zeile 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Zeile 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platyvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Berichtsstand für beide Teile
ist Calw.



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluß der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Nr. 237

Dienstag, den 11. Oktober 1927

101. Jahrgang

Der Reichskanzler im besetzten Gebiet

Dr. Marx in Koblenz

In Koblenz, 11. Okt. Reichskanzler Dr. Marx traf am Montag in Koblenz ein und wurde auf dem Bahnhof von dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Votschaster Frhr. Langwerth von Simmern empfangen. Der Reichskanzler begab sich dann in das Reichskommissariat, wo er Quartier genommen hat. Zur Laufe des Vormittags stattete er dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz einen kurzen Besuch ab und gab dann bei der Rheinlandkommission Karten ab.

Anlässlich der Anwesenheit des Reichskanzlers in Koblenz hielten die Stadtverordneten eine Festigung ab, in der Oberbürgermeister Dr. Russell den Reichskanzler auf das herzlichste begrüßte und die Räte der Stadt Koblenz

vortrug. Er führte aus: „Lauter denn je fordern wir einen freien deutschen Rhein. Auch wir sind für ein freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis zu den Westmächten, aber die Besetzung empfinden wir als eine Unehre und ein Unrecht. Man kann von uns nicht ein freundschaftliches Verhältnis fordern zu denen, die die Besetzung ausführen. In der Forderung nach baldiger Befreiung ist die ganze Bevölkerung in allen Schichten sich einig. Wir vertrauen Ihrer Umsicht und Tatkraft, Herr Reichskanzler, daß Sie auf dem beschrittenen Wege der Verständigung und der Befreiung der Rheinlande nicht ermüden. Wir Bürger der sowohl durch ein Besatzungsheer wie auch durch den Sitz der Interalliierten Rheinlandkommission besonders bedrückten Stadt Koblenz erklären feierlich, daß wir nur dann befreit werden sollen, wenn nicht neue Besatzungslasten dem bisher freien Deutschland dafür aufgezungen werden.“

In seiner Erwiderung gab Reichskanzler Dr. Marx seinem tiefen Bedauern Ausdruck, daß gerade die in der Vorkriegszeit so blühenden Städte durch die Besetzung so schwer zu leiden haben. Er wandte sich dann gegen gewisse beunruhigende Nachrichten, die in den letzten Tagen erschienen seien und betonte, daß die Abmachungen, die Dr. Stresemann in Genf getroffen habe, unverändert bestünden und bestehen blieben. Die Besatzungsverminderung um 10 000 Mann werde durchgeführt. Der Reichsregierung wie auch beson-

ders dem Reichsministerium für die besetzten Gebiete sei es eine schwere Sorge und unbedingte Pflicht, der Bevölkerung des besetzten Gebietes in allen Lagen beizuspringen. Aber der Friedensvertrag lähme diese Bemühungen. Nur bei Fortsetzung der Politik der Verständigung könne weiteres erreicht werden.

Dr. Marx beim Oberpräsidenten.

Auf einem vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz zu Ehren des Reichskanzlers gegebenen Frühstück, zu dem die Spitzen der Behörden geladen waren, feierte Oberpräsident Dr. Fuchs den Reichskanzler als den erfolgreichen Sachwalter des rheinischen Schicksals.

Reichskanzler Dr. Marx erwiderte mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. ausführte: Seien Sie überzeugt, daß die Reichsregierung stets ein offenes Ohr für Ihre Klagen und Beschwerden hat. Nicht bloß unsere Herzen sind dem Rheinland zugetan, auch mit Hilfsmitteln sind wir bereit, die materiellen Lasten und Schäden, die die Besetzung mit sich bringt, im Rahmen des Möglichen auszugleichen. Sicher hat unsere Hilfsaktion im Rheinland nicht volle Zufriedenheit auslösen können. Vieles ist ausgeglichen, aber dabei darf nicht vergessen werden, daß sich das Reich in äußerst schwierigen Finanzverhältnissen befindet. Gewiß ist im Besatzungssystem manches besser geworden als früher. Auch die Herabsetzung der Besatzungstärke um 10 000 Mann ist eine wünschenswerte Erleichterung, aber es liegt in der Natur der Sache, daß eine solche Herabsetzung an dem Gesamtbestand der Besetzung nicht viel ändern kann, die auf die Gemüter wirkt und viele Lasten und Kosten verursacht und die wirtschaftliche Entfaltung hemmt. Freiheitsdrang und Freiheitsliebe sind bei einem Stamm besonders begreiflich, der den deutschen Staat zuerst gegründet hat. Sie wissen, ich bin ein überzeugter Anhänger der Verständigungspolitik. Diese Politik kann nur dann in den Herzen der Völker tiefen Eindruck gewinnen, wenn sie getragen ist von der freudigen Zustimmung der Völker, die aber nur aus dem Gefühl hervorgehen kann, daß Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen gelten. Im deutschen Volk, das so viel Unrecht und Unfreiheit zu ertragen hatte und immer noch zu ertragen hat, ist diese Sehnsucht nach der Herrschaft von Freiheit und Gerechtigkeit besonders tief. Möge der Tag der Freiheit uns bald beschieden sein.

Bayern und der Finanzausgleich

Die Finanznot Bayerns

Landtagsdebatte über den Finanzausgleich.

München, 11. Okt. In der gestrigen ersten Sitzung des bayerischen Landtags nach den Ferien wurde die unbefriedigende finanzielle Lage zum Gegenstand einer Kundgebung gemacht. Landtagspräsident Dr. Königshäuser erklärte, eine Subventionierung der Länder von Fall zu Fall nach Kostgängerart sei auf die Dauer untragbar. Unter solchen Umständen könne keine Landesregierung ihren Haushalt aufstellen. Entweder seien Reichstag und Reichsregierung davon überzeugt, daß die Länder mit staatlicher Hoheit, eigener Volksvertretung und eigenem Haushalt weiterbestehen sollen oder nicht. Im anderen Falle hätten die Landesparlamente nicht die Möglichkeit, den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung gerecht zu werden.

Dann ergriff der Finanzminister Dr. Schmeltz das Wort zu einer Rede über die bayerische Finanzlage. Er betonte dabei, daß die Besoldungsreform für Bayern eine ungefähre jährliche Belastung von 58 Millionen Mark mit sich bringe, wozu noch der Mehrbedarf für die Gemeinden komme. Dabei ergebe sich im bayerischen Staatshaushalt schon im Jahre 1927 ein Fehlbetrag von rund 85 Millionen Mark. Neue Steuern könnten ebensowenig in Aussicht genommen werden wie eine Erhöhung der bestehenden Landessteuern. Die Deckung sei nur dadurch möglich, daß das Reich dem Lande und den Gemeinden neue Einnahmen eröffne. Die bayerische Regierung habe daher im Reichsrat den Antrag gestellt, den Finanzausgleich dahin abzuändern, daß der Anteil der Länder an Einkommen- und Körperschaftsteuer von 75 Prozent auf 80 Prozent erhöht und der sogenannten Entbehrungsfaktor in § 35 von 20 auf 10 Prozent herabgesetzt werde. Der Minister bezog sich auf die Erfüllung der bayerischen Forderungen als eine moralische und

rechtliche Verpflichtung des Reiches. Die Frage habe mit Unitarismus und Föderalismus gar nichts zu tun. Würden die Länder heute zu bestehen aufhören, so würde sich an der Notwendigkeit, das Steueraufkommen auf die einzelnen Reichsgebiete zu verteilen, nichts ändern. Der Finanzminister kam zu dem Schluß, daß es keinen andern Ausweg gebe als eine Aenderung des Finanzausgleichs.

Die Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen

Die Mitteilung über die Herabsetzung der französischen Besatzungstruppen.

M. Berlin, 11. Okt. Wie an zuständiger Stelle nunmehr bestätigt wird, ist eine Mitteilung der französischen Besatzungsbehörden über Einzelheiten der Truppenherabsetzung dem Auswärtigen Amt zugegangen. Diese Mitteilung wird jedoch nicht als die Note angesehen, die in dem Genfer Kommuniqué vom 5. September des Jahres von der Votschasterkonferenz als im Namen der gesamten Besatzungsmächte über Einzelheiten der Truppenherabsetzung um 10 000 auf 60 000 Mann in Aussicht gestellt worden ist.

Idstein wird geräumt.

M. Frankfurt a. M., 11. Okt. Am Sonntag hat ein 600 Mann starkes engl. Infanterie-Bataillon den Taunusort Idstein verlassen. Sobald die Engländer aus Idstein abgerückt sind, dürfte auch die dortige große Wohnungsnot behoben sein.

Der Fall Rakowski

Der Duai d'Orsay noch nicht im Besitz der Rakowsknote.

M. Paris, 11. Okt. In den späten Abendstunden des Montag besand sich der Duai d'Orsay weder im Besitz der

Tages-Spiegel

Reichskanzler Dr. Marx traf zum Besuch des besetzten Gebietes in Koblenz ein.

Der Reichsrat wird am Freitag in einer Vollziehung zum Reichsschulgesetz Stellung nehmen.

Die erste Lesung des Schulgesetzes soll vom Reichstag in zwei Sitzungen erledigt werden.

Bayern hat im Reichsrat eine Abänderung des Finanzausgleiches zugunsten der Länder beantragt im Hinblick auf seine finanzielle Notlage.

Der polnische Außenminister Zaleski hat in Paris mit Chamberlain über außenpolitische Fragen Polens gesprochen.

An der mazedonischen Grenze ist es erneut zu Zusammenstößen gekommen. In Sofia fand eine große Kundgebung für die Selbständigkeit Mazedoniens statt.

Die französischen Flieger Costes und Le Briz haben einen Flug Paris-Buenos Aires angetreten.

angekündigten russischen Note über die Abberufung Rakowskis noch der Antwort der amerikanischen Regierung über den französisch-amerikanischen Zollkonflikt.

Tschitscherin rechnet mit der Beilegung des Rakowski-Zwischenfalles.

M. Kowno, 11. Okt. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Tschitscherin gestern einen Bericht über die außenpolitische Lage der Sowjetunion vor dem politischen Büro erstattet. Zu dem russisch-französischen Zwischenfall erklärte Tschitscherin, daß er hoffe, den Konflikt in den nächsten Tagen beizulegen zu können. Briand habe ihm versichert, daß die französische Regierung nach wie vor einen Garantievertrag mit der Sowjetunion abzuschließen beabsichtige. Die Weiterentwicklung der russisch-polnischen Verhandlungen hinge von dem Ergebnis der Verhandlungen in Paris zwischen Chamberlain, Briand und Zaleski ab. Das Politische Büro billigte die Politik des Außenkommissars und erteilte dem Außenkommissar die gewünschten Vollmachten für den Abschluß des Garantievertrages mit Afghanistan.

Neuer Zusammenstoß in Mazedonien

M. Berlin, 11. Okt. Wie die Morgenblätter aus Saloniki melden, ist es gestern um Mitternacht zu einem Zusammenstoß zwischen einer Abteilung griechischer Gendarmerie und einer Gruppe bulgarischer Komitatstschis bei Gornitschow in der Gegend von Florina gekommen. Nach einseitigem Kampfe kehrten die Komitatstschis unter Zurücklassung von 2 Gefallenen wieder auf bulgarisches Gebiet zurück. Die beiden Toten wurden in Florina zur Schau gestellt.

Italienische Beschwerde in Belgrad.

M. Berlin, 11. Okt. Wie die Morgenblätter aus Wien berichten, hat der italienische Gesandte in Belgrad dem Außenminister Marinikowitsch gestern einen anderthalbstündigen Besuch abgestattet. Es heißt, der italienische Gesandte habe Beschwerde geführt über die am Sonntag in Belgrad erfolgten antitalienischen Kundgebungen und über gewisse Äußerungen der Belgrader Blätter, die Italien in unerwünschter Weise mit dem Attentat auf den General Rowatschewitsch in Verbindung bringen.

Japan und Amerika

Appell eines japanischen Admirals an Amerika.

M. London, 11. Okt. Der Befehlshaber eines auf einer Auslandsfahrt befindlichen japanischen Geschwaders, der Vizeadmiral Nagano, richtete in einer Erklärung einen bemerkenswerten Appell an Amerika. Wenn Amerika schon auf halbem Wege Japan entgegenkomme, erklärte der Admiral, so brauche sich niemand über die Möglichkeit eines Krieges im Stillen Ozean Sorgen zu machen. Japan mit seiner 70-Millionen-Bevölkerung bei einer Größe, die nicht über diejenige Kaliforniens hinausgehe, müsse sich ausdehnen. Derselbe Zug, der die Engländer von ihrer schmalen Insel in die Welt getrieben habe, bestehe heute für Japan. Japan verjuche dieses Problem auf vielerlei Arten zu lösen. Japan entwickle deshalb seine Industrie, um Tausenden von Männern Brot zu geben.

